



INSTITUTIONELLE ERSCHÖPFUNGEN ALS HINDERNISSE FÜR EINE NACHHALTIGE SOZIAL- UND KLIMAPOLITIK

Vortrag beim Kongress der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) 2023 „Kritische Zeiten“

Sektion Soziale Ungleichheit: Klimakrise und soziale Ungleichheit:
Herausforderungen für eine nachhaltige Sozialpolitik

Wirtschaftsuniversität Wien, 3. bis 5. Juli 2023

Rolf G. Heinze | Fakultät für Sozialwissenschaft, Ruhr-Universität Bochum

Jürgen Schupp | Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und Institut für Soziologie der FU Berlin

Überblick

Polykrisen, Desillusionierung und die Suche nach Zukunftslösungen

Kernelemente ökologischer Transformation: Das Beispiel Klimageld

Empirische Befunde zur Akzeptanz unterschiedlicher staatlicher Ausgleichszahlungen

Fazit und Aussichten für eine Klimasozialpolitik

Polykrisen, Desillusionierung und die Suche nach Zukunftslösungen

Polykrisen als Treiber für eine nachhaltige sozialökologische Transformation

Bislang sind die Diskurse zur **Klimakrise** mit der Erosion des traditionellen **Sozialstaatsmodells** kaum verkoppelt worden.

In der Soziologie wurde bereits vor Jahrzehnten auf die „*Risikogesellschaft*“ (Beck 1986) verwiesen, allerdings wurden die ökologischen Gefährdungen nicht als Herausforderung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und andere Subsysteme, sondern ein alle soziale Gruppen betreffendes Phänomen gedeutet. „Not ist hierarchisch, Smog ist demokratisch“,48).

Diese **Situationsbeschreibung** hat sich massiv gewandelt. Dörre sieht aufgrund der Nichtberücksichtigung von Klassenlagen die Gefahr, dass sich der „ökologische Gesellschaftskonflikt in einen Modus ideologischer Beherrschung verwandelt“ und „als gewaltiger Bremsklotz für Nachhaltigkeit“ wirkt, der populistischen Protesten Auftrieb verleiht (ders. 2023, 43).

Mit den traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Regulierungen und Absicherungen können die sich kumulativ hochschaukelnden Krisen nicht mehr gelöst werden. Gefragt sind zuversichtliche **Zukunftsperspektiven** für die Wende, deren Nutzen sowohl für die Dekarbonisierung wirksam als auch für die Menschen sinnvoll und sozial gerecht sein müssen.

Die Rückkehr des Themas soziale Gerechtigkeit

Auf soziale **Schief lagen** beim Klimawandel wurde bereits vor den rasant gestiegenen Energiepreisen infolge des Ukrainekrieges hingewiesen, da einkommensschwächere Haushalte mehr für die Energie aufwenden müssen. Zudem ist ihr Beitrag an den ökologischen Zerstörungen weitaus niedriger als bei den wohlhabenden Bevölkerungsgruppen. So verursachen die reichsten 10 % der Haushalte 26 % der Emissionslast, während die untere Hälfte nur für 29 % steht (vgl. Dörre 2022, Neckel 2023 sowie im globalen Kontext Chancel et al. 2023).

Aufgrund dieser sozioökonomischen Ungleichverteilung wird diskutiert, Einnahmen aus dem CO₂-Zertifikatehandel für ein Klimageld zu verwenden. Allerdings blieb diese Debatte abstrakt und erreichte nicht die Lebenswelt der Menschen. Die neuen finanziellen Belastungen sowohl für den Austausch von fossilen Heizsystemen als auch die Energiepreise (einschl. Mobilitätskosten) lösen nun aber nicht nur bei vielen einkommensschwachen Gruppen, sondern auch in der Mittelschicht Ängste aus, in einen **sozialen Abstiegsog** zu geraten. Diese subjektiven Befürchtungen prägen das gesellschaftliche Stimmungsbild so intensiv, weil das deutsche Wohlstandsmodell das Narrativ Verzicht oder Rationierung wenn überhaupt nur noch aus Erzählungen der Kriegsgenerationen kennt. Wenn sich Verluste in einer Gesellschaft mit Wachstums- und Aufstiegsversprechen jedoch mit dem Empfinden verbinden, ungerecht behandelt zu werden, baut sich sozialer Sprengstoff auf (vgl. Mau 2022). Auch wenn die politischen Eliten und konkret der Kanzler suggerieren, handlungsfähig zu sein („You ‘ll never walk alone“), stößt der Staat zunehmend an seine institutionellen Steuerungsgrenzen.

Politikversagen bei der Wärmewende

Die ungleichen finanziellen Belastungen beim Politikwechsel zu nachhaltigen Heizungssystemen führten im Frühjahr 2023 zu massiven Akzeptanzverlusten bei der Formulierung des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Nur noch **knapp die Hälfte** der Haushalte befürwortet nach repräsentativen Erhebungen die Heizungsreform (Grimm/Groß 2023). Die Konflikte liegen darin begründet, dass noch rund 75 % des Gebäudebestands in Deutschland fossil beheizt wird, also eine große Mehrheit betroffen ist. Hinzu kommen die in allen Bevölkerungsgruppen angewachsenen Sorgen um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft, die das politische Klima ohnehin sensibilisiert haben (Grimm 2023).

Der Dekarbonisierungsprozess hat zur Verstärkung insbesondere gefühlter Abstiegsprozesse beigetragen und deshalb sind sowohl soziale **Leitplanken** als auch **nachhaltige** sowie **solidaritätsfördernde Zukunftsnarrative** erforderlich. Diese Einsicht ist allerdings bei der Ampelkoalition erst schrittweise angekommen, Parteiengizanke trotz immer länger tagender Vermittlungsausschüsse der Regierungsparteien dominiert die politische Szenerie im Sommer 2023. Nicht umsonst ist deshalb das Systemvertrauen in die Politik bzw. die Politiker geschrumpft. Insbesondere haben sich die regionalen Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland vergrößert: so ist die Bevölkerung in den alten Bundesländern nach einer Studie nun gut zur Hälfte (52 %), in den neuen Bundesländern nur noch zu einem Drittel mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden (Best et al. 2023, 17). Im Osten sind viele Menschen veränderungserschöpft, manche sogar veränderungsavers.

Unzufriedenheit mit Regierungspolitik

Rund 79 % der Befragten des ARD-DeutschlandTrends gab Ende Mai 2023 an, weniger zufrieden oder gar nicht zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung zu sein (im Frühjahr 2022 waren es noch über 55 %). Parallel dazu erreichte die AfD mit 18 % ihren bislang höchsten Wert in der Sonntagsfrage; die SPD lag ebenfalls bei 18 %, die CDU bei 29 %, die Grünen bei 15 % und die FDP bei 7 %. (<https://www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend/deutschlandtrend-3368.html>)

Die Energiewende war bislang primär ein **Spezialistenthema**, jetzt hat sie aber viele Hausbesitzer und Mieter erreicht und schafft Unbehagen. In Umfragen wird eine gespaltene Gesellschaft mit Blick auf die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen konstatiert. Die Frage „Die Maßnahmen für den Klimaschutz führen bei mir zu starken finanziellen Belastungen“ beantworteten Ende Mai 2023 nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF-Politbarometer 48 % mit ja, 49 % mit nein (https://www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer/Archiv/Politbarometer_2023/Mai_II_2023/).

In ganz Europa gibt es „Wutbewegungen“ gegen Klimaschutzmaßnahmen, populistische Proteste heizen sich auf, neue Parteien gründen sich und es droht eine **Entschleunigung** der Klimapolitik, obwohl transformatives Politikmanagement mit neuen strategischen Projekten angesagt ist. Aus Angst vor der Wut der Bürger und drohenden Wahlverlusten werden derzeit aber eher „Regulierungspausen“ zum Thema. Auch wenn traditionelle Institutionen zur Routine neigen und Pfadabhängigkeiten es den „Agenten des Wandels“ (Korte 2022) Veränderungen schwer machen, ist jedoch nach einer gewissen Schockstarre **transformatives Regieren** gefordert und es wäre ratsam, „die Verunsicherung strategisch für neue Wehrhaftigkeit zu nutzen, wenn die Zäsur ein Anknüpfen an traditionelle Weltbilder aufweicht“ (418).

Klimasozialpolitik als Antwort auf Polykrisen und Erschöpfungszustände

Ein Transformationsnarrativ wurde von Experten schon vor der Energiekrise diskutiert und wurde nun durch die Krisenpermanenz für die „Ampelregierung“ zum Auftrag, ohne dass diese auf die damit verbundenen Konfliktszenarien (z. B. Verteilungsfragen) vorbereitet war. Hierarchische Muster politischer Führung greifen immer weniger, kollaboratives, ressortübergreifende Regieren im Sinne einer **nachhaltigen Klimasozialpolitik** ist gefordert.

Nicht nur als Reaktion auf die fossile Energiekrise, sondern auch in den Debatten um Postwachstumsgesellschaften wird als Alternative das bedingungslose Grundeinkommen angeboten (vgl. zusammenfassend Heinze/Schupp 2022b). Hierüber könnten soziale Spannungen und Ängste durchaus verringert werden, denn es bietet in einer auseinanderdriftenden Gesellschaft **Leitplanken** und durch die garantistische Ausrichtung neue Wertschätzungen für alle Individuen. Die Anlässe dafür sind durch die mit den Polykrisen einhergehenden Verlusterfahrungen und neuen Bedrohungen bedeutsamer geworden. Ein (partielles) Grundeinkommen verbunden mit einer strukturellen Reform der Sozialsysteme könnte sowohl die Transformation stützen als auch sozialintegrativ wirken..

**Kernelemente ökologischer
Transformation: das Beispiel
Klimageld**

Absenkung der CO₂-Emissionen bis 2030 sowie CO₂-Neutralität bis 2045

Das Erreichen der Ziele der Dekarbonisierung der Wirtschaft sowie unseres Lebensstils und Konsumverhaltens ist aus Expertensicht „alternativlos“, allerdings liegen in der Umsetzung erhebliche Konfliktpotentiale. Die aktuellen Diskurse über die „Wärmewende“ in Deutschland erinnern vielfach eher an einen Kulturkampf im Spannungsfeld zwischen marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Prinzipien.

Eine angebotene Lösung, die CO₂-Bepreisung sowie CO₂-Verbrauchsbesteuerung ist mittel- wie langfristig der überlegene marktkonforme Transformationspfad, denn Klimapolitik sollte nicht erst an Marktergebnissen ansetzen, sondern an Produktionsprozessen und – technologien. Wenngleich Preise das Lenkungsinstrument einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft sind und Verhalten steuern können, sind soziale Ausgleichszahlungen unverzichtbar, um einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten entgegenzuwirken.

Das Verteuern fossiler Energieträger sorgt für Innovation in klimafreundliche Technologien und generiert Einnahmen für einen sozialen Ausgleich.

Die Erlöse aus dem Emissionshandel sowie aus der CO₂-Bepreisung fließen als Sondervermögen in den sog. Klima- und Transformationsfonds (KTF). Bislang werden daraus (fast) ausschließlich klimapolitische Programmausgaben getätigt.

Infrastruktur zur Realisierung eines Klimagelds

- Effizientes System für **Direktzahlungen** an alle Bürger:innen notwendig (*Ergänzung bzw. Ablösung des gegenwärtigen „Huckepack“-Verfahrens*)
- Prüfung der rechtlichen und verwaltungsorganisatorischen Machbarkeit
- **Universalität:** Die gesamte in Deutschland lebende Bevölkerung hat Anspruch auf ein Klimageld
(= *partielles bedingungsloses Grundeinkommen*)
- Aktuell erhalten bereits alle in Deutschland gemeldeten Personen eine **Steuer-Identifikationsnummer** (Steuer-ID).
- Budolson et al (2021) haben mit Hilfe einer Simulationsstudie gezeigt, dass eine Pro-Kopf-Rückgabe erhöhter Energie- und CO₂-Preise die Erderwärmung eher abzubremsen vermag als alternative Erstattungen steigender Energiepreise.
- In der Schweiz ist ein Klimageld bereits eingeführt und es liegen erste Erfahrungen vor. Auch in Österreich wurde eine Pro-Kopf-Kompensation innerhalb weniger Monate eingeführt und wird seit Oktober 2022 ausgezahlt.

**Empirische Befunde zur Akzeptanz
unterschiedlicher staatlicher
Ausgleichszahlungen**

Inflation von Ansprüchen auf staatliche Unterstützung?

Auch hohe Einkommen wünschen mehr Unterstützung

Frage: »Wie viel finanzielle Unterstützung durch den Staat wäre für Sie persönlich hilfreich, um die hohen Energiepreise und die hohe Inflation bewältigen zu können?«, Antworten in Prozent

■ Mehr als bislang vorgesehen ■ Bisherige Unterstützung ausreichend ■ Weniger als bislang vorgesehen / Gar keine ■ Weiß nicht / Keine Angabe

Gesamtbevölkerung



Haushaltseinkommen*

Unter 1500 Euro



1500 bis 2499 Euro



2500 bis 3499 Euro



3500 bis 4499 Euro



Mehr als 4500 Euro

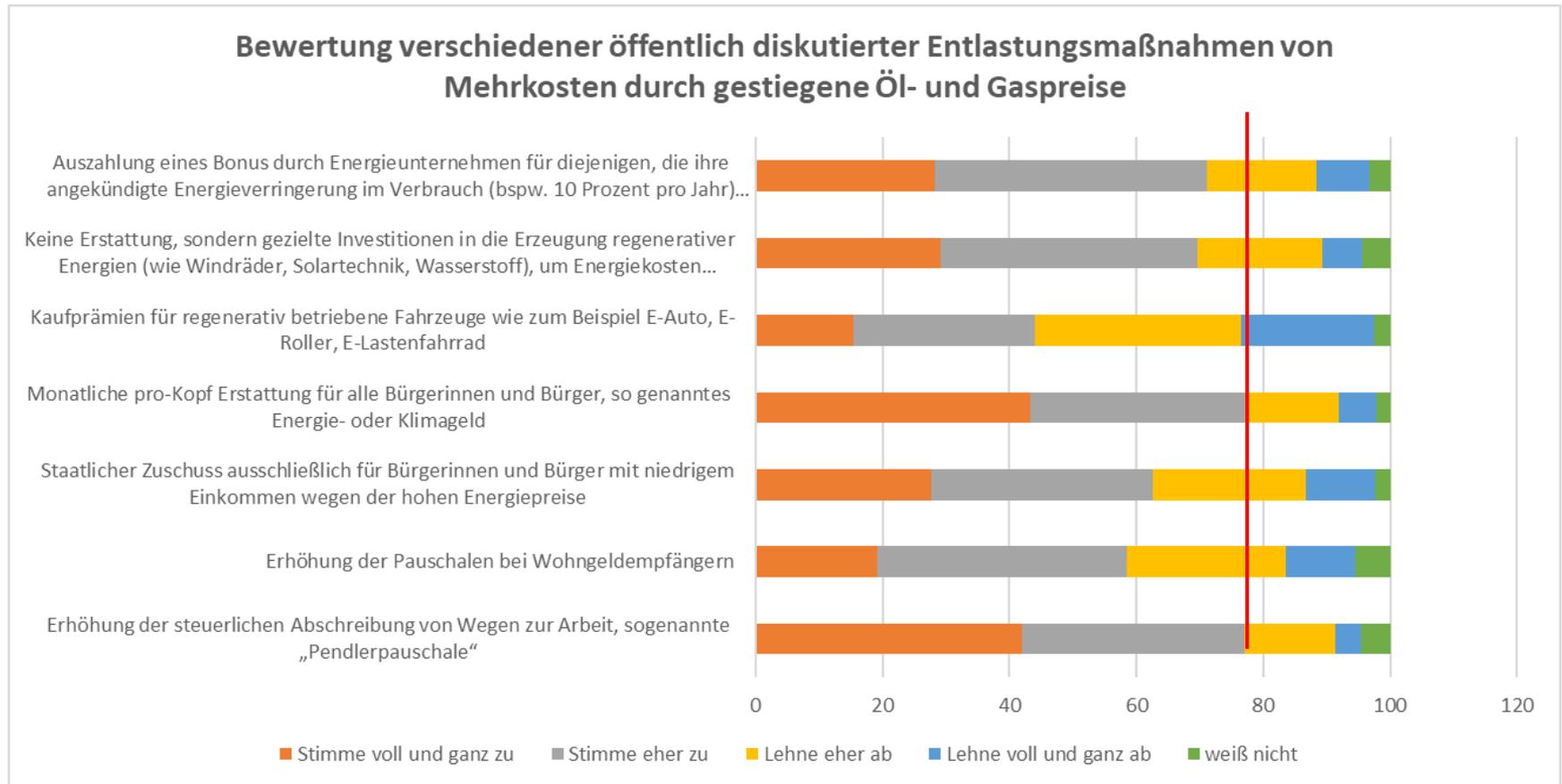


* monatliches Nettoeinkommen des Haushalts, ohne Berücksichtigung der Personenzahl und Zusammensetzung

■ Civey; Repräsentative Erhebung unter 5063 Teilnehmern von 19. Oktober bis 10. November 2022; Schwankungsbreiten 2,5 bis 7,2 Prozent

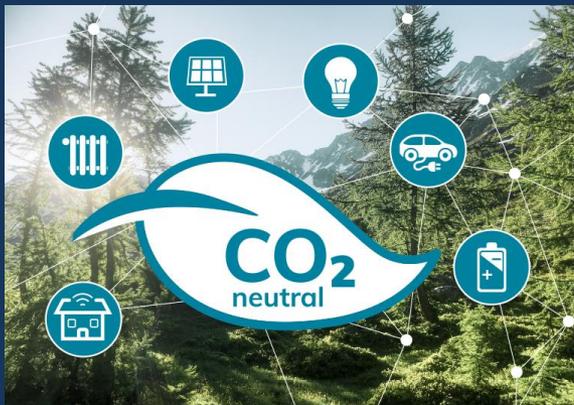
Diekmann, Florian (2022):
Selbst Gutverdienende wollen
noch mehr Energiehilfen.
SPIEGEL-Online vom 16.11.2022.

Grad der Zustimmung zu verschiedenen Formen der Entlastung & Kompensation



Datenbasis: COMPASS-Online Befragung: N=2117; Feldzeit von 8. bis 17. August 2022. Ergebnisse vgl. Schupp et al. 2022.

Fazit und Aussichten für eine Klimasozialpolitik



Grundeinkommen als Pfeiler der sozialökologischen Transformation

- Vor dem Hintergrund des schleichenden Wandels zum Grundsicherungsstaat könnte auch für die Energiewende ein Grundeinkommen soziale Planken bilden, die die Akzeptanz etwa der Wärmewende unterstützt. Bislang konnten das Misstrauen der Wutbürger und die Zuspitzung politischer Konflikte nicht aufgehalten werden, eher droht die Gefahr einer Entschleunigung der sozialökologischen Transformation. Allerdings kann „die Wende zum Weniger mehrheitsfähig sein, wenn der Rettung eine Richtung gegeben wird“ (Korte 2023) und mit einer solidaritätsfördernden sowie aktivierenden **Zukunftserzählung** verbunden ist, die zugleich auch als fair angesehen wird.
- Es haben sich (oft schleichend und still) auch Stellschrauben bewegt, die zu Kipp-Punkten für eine **graduelle** Transformation reifen. Erforderlich ist dafür ein integratives Politikmanagement, das auf Aufklärung und breite Koalitionen zielt, auch um die institutionalisierten status-quo-orientierten Interessen eindämmen zu können. Die breite und vor allem verständliche Kommunikation der Umbauprozesse sowie deren Tempo ist von elementarer Bedeutung. Auch neuen deliberativen Formen der Einbeziehung von „Bürgerräten“ etc. sollte eine Chance eingeräumt werden.
- Zudem kann die **Veränderungszuversicht** dadurch gesteigert werden, dass die Transformationsschritte vor Ort durch eine enge Verzahnung mit einer auf öffentliche Infrastrukturen und Daseinsvorsorge setzenden Strategie erlebt werden.

Zum Weiterlesen

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021a: Erzwungene Modernisierung? Arbeitsverwaltung und Grundsicherung in der Corona-Pandemie, Politikberatung kompakt 161. Berlin: DIW Berlin.

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021b: Hartz-IV-Reformvorschlag: Weder sozialpolitischer Meilenstein noch schleichende Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. DIW Aktuell Nr. 58 vom 12.2.2021.

Beckmann, F., Heinze, R. G., Schad, D., Schupp, J., 2021c: Klima der Angst oder Respekt auf Augenhöhe? Erfahrungen von Hartz IV-Beziehenden mit Jobcentern im Zuge der Corona-Pandemie. In: Sozialer Fortschritt 70 (H.10-11), S. 651-669.

Beckmann, F./Heinze, R. G./Schad, D./Schupp, J., 2022: Bürgergeld statt Hartz IV: Was sich Langzeitarbeitslose von der geplanten Reform hoffen. DIW Wochenbericht 89(31+32), S. 411-421.

Busemeyer, M.R./Rinscheid, A./Schupp, J., 2023: Hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen – vor allem bei den möglichen Profiteu*innen. DIW Wochenbericht, 90(21), S.

Heinze, R. G./Schupp, J., 2022a: "Bürgergeld und Kindergrundsicherung als Einstiege ins bedingungslose Grundeinkommen? Wendemarken im Koalitionsprogramm der neuen Bundesregierung". In: Gesellschaft - Wirtschaft- Politik (GWP), H. 1/2022, S.37-50.

Heinze, R. G./Schupp, J., 2022b: Grundeinkommen – Von der Vision zur schleichenden sozialstaatlichen Transformation. Wiesbaden: Springer VS.

Heinze, R. G./Schupp, J. 2022c: Der beständige Wandel zum Grundsicherungsstaat: Krisen als Transformationstreiber. WSI Blog Work on Progress – Serie Grundsicherung No. 5 vom 25.10.2022.

Heinze, R.G./Schupp, J., 2023a: Bürger- und Klimageld als Wende zu einer generationengerechteren Sozial- und Klimapolitik? In: Paula-Irene Villa Braslavsky (Hg.), Polarisierte Welten: Verhandlungen des 41. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie 2022, S. 1-9. (in Druck)

Heinze, R.G./Schupp, J., 2023b: Klimasozialpolitik als Pfeiler der Nachhaltigkeitswende (mimeo)

Schupp, J./Heinze, R.G./ Siegel, N.A. 2022: Hohe Zustimmung für Klimageld - vor allem bei Personen mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation. *DIW Aktuell Nr. 85 vom 18.10.2022.*

Literatur

Beck, U., 1986: Risikogesellschaft . Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M.

Best, V., et al., 2023: Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft? Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Bohnenberger, K., 2022: Klimasozialpolitik Ein Forschungsstandbericht zur Verbindung von Klimapolitik und Sozialpolitik. DIFIS Studie 2022/3.

Budolfson, M., et al., 2021: Climate action with revenue recycling has benefits for poverty, inequality and well-being. *nature climate change* 11 (12):1111–1116.

Busemeyer, M. R./Kemmerling, A./Marx, P./van Keersbergen, K. (Eds.) 2022: *Digitalization and the Welfare State*, Oxford University Press

Chancel, L., et al., 2023: *Climate Inequality Report 2023*. World Inequality Lab Study 2023/1.

Dörre, K., 2022: Alle reden vom Klima. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 72 (3-4):4-10.

Dörre, K., 2023: Grün als Bedrohung: Warum die Klimapolitik die Arbeiter verliert. *Blätter der deutschen und internationalen Politik* (6):43-52.

Färber, G./Wieland J., 2022: Rechtliche und Verwaltungsorganisatorische Möglichkeiten der Umsetzung einer Klimaprämie. Speyer: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften.

Grimm, V. 2023: *Was lernen wir aus der Energiepreiskrise? Die Verbraucherperspektive*. Berliner Energietage 23.5.2023, Berlin.

Grimm, V./Groß, C. 2023: Die Heizungsreform spaltet die Gesellschaft. *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, S. 17.

Kalkuhl, M. et al., 2022: Auswirkungen der Energiepreiskrise auf Haushalte in Deutschland. Sozialpolitische Herausforderungen und Handlungsoptionen Mercator Research Institute on Global Commons and Climate Change (MCC) gGmbH, Berlin.

Kellner, M. et al., 2022: Entlastung der Haushalte von der CO₂-Bepreisung: Klimageld vs. Absenkung der EEG-Umlage. Kopernikus-Projekt Ariadne, Potsdam.

Korte, K.-R., 2022: Transformatives Regieren in Zeiten der Krisenpermanenz – ein Essay. *Dms- der moderne staat* (15. Jhg./H. 2), S. 412-429.

Korte, K.-R., 2023: Flucht vor dem Frust. Interview. *Die Zeit* v. 7.6. 2023, S. 2

Mau, S., 2022: Eine lange Zeit des Verzichts. *Interview von Katja Thimm mit Steffen Mau in SPIEGEL Nr. 49 vom 3.12.2022, S. 48.*

Neckel, S., 2023: Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert. *Blätter der deutschen und internationalen Politik* (4):47-56.

Backup-Folien

Frage zum Grad der Zustimmung zu verschiedenen politischen Maßnahmen

„Derzeit werden unterschiedliche Maßnahmen diskutiert, die die Bürgerinnen und Bürger finanziell von Mehrkosten steigender Öl- und Gaspreise entlasten sollen. Stimmen Sie persönlich den folgenden möglichen Entlastungsmaßnahmen zu oder lehnen Sie diese ab?“

- Erhöhung der **steuerlichen Abschreibung** von Wegen zur Arbeit, sogenannte „Pendlerpauschale“
- Erhöhung der Pauschalen **bei Wohngeldempfängern**
- Staatlicher Zuschuss **ausschließlich** für Bürgerinnen und Bürger **mit niedrigem Einkommen** wegen der hohen Energiepreise
- **Monatliche pro-Kopf Erstattung** für alle Bürgerinnen und Bürger, so genanntes Energie- oder Klimageld
- **Kaufprämien** für regenerativ betriebene Fahrzeuge wie zum Beispiel E-Auto, E-Roller, E-Lastenfahrrad
- **Keine Erstattung**, sondern gezielte Investitionen in die Erzeugung regenerativer Energien (wie Windräder, Solartechnik, Wasserstoff), um Energiekosten langfristig senken zu können.
- Auszahlung eines **Bonus** durch Energieunternehmen für diejenigen, die ihre angekündigte Energieverringerung im Verbrauch (bspw. 10 Prozent pro Jahr) tatsächlich auch erreichen und entsprechend Energie eingespart haben (Energiesparbonus)

Veränderungsdynamik wurde unterschätzt

Bei den derzeitigen Polykrisen geht es generell um die **Synchronität** von Umweltanforderungen und politischen Entscheidungen: konkret, ob Politik zeitlich adäquat reagieren kann. Absichtserklärungen für eine zukunftsorientierte Politik können die anstehenden Probleme – ganz gleich ob es sich um den demografischen Umbruch, die Zuwanderung oder die Wärmewende handelt – nicht mehr bewältigen. Die politische Strategie des „Weiter-so“ ist ausgereizt, allerdings sind Politikwechsel aufgrund der ausdifferenzierten Politikströme schwer zu inszenieren. Bislang kam es erst dann zu nachhaltigen Korrekturen, wenn externe Schocks einschlugen. Und die Politikwechsel (etwa in der Energieversorgung) blieben in der Umsetzung bislang noch defizitär.

Das neue Herausforderungsszenario ist durch die Gleichzeitigkeit des Ukrainekriegs und die Verschärfung der Klimakrise entstanden und kann ohne einen grundlegenden Politikwechsel, der auch eine **Koppelung** verschiedener Subsysteme (wie die klima- und sozialpolitischen Arenen) beinhalten muss, nicht gelöst werden. Wie hoch die institutionellen politisch-administrativen Hürden sind, wird anschaulich anhand der gegenwärtig heftigen Kontroversen um die Wärmewende, die ohne einen Einbezug sozialer Dimensionen zu scheitern droht.

Rationalitätsgrenzen der Politik: Erklärungsmuster

Der Multiple-Streams-Ansatz (MSA) kann die politischen Verzögerungen analytisch einordnen (vgl. Heinze/Schupp 2022a, 175ff) und geht davon aus, dass es keine systematische Verknüpfung zwischen einem Problem und einer bestimmten politischen Entscheidung geben muss. Politik ist deshalb weitaus weniger rational programmiert und liefert auch nicht unbedingt problemlösende Entscheidungen. Die verschiedenen Ströme agieren **relativ autonom** und haben ihre eigene Dynamik sowie soziokulturelle Prägung. Es sind zumeist abgeschottete „Silos“ und deshalb ist der Umbau eines historisch erfolgreichen Modells (wie in Deutschland) außerordentlich schwierig zu realisieren, denn es tangiert Besitzstandswahrungsinteressen.

Anspruchsvolle Neudesigns wie eine Klimasozialpolitik stehen vor großen Herausforderungen, da institutionelle Erschöpfungszustände unübersehbar sind. Es drängt sich das Bild einer überforderten Politik auf, die von externen Ereignissen getrieben wird. Krisenmanagement sichert zwar kurzfristig einen Zeitgewinn, ist aber nicht eine konsistente Umbaustrategie.

Allerdings müssen mehrere „Ströme“ zusammenkommen, um systemische Reformen einzuleiten. Institutionelle Beharrungen werden aber auch in anderen Ländern und Politikfeldern (etwa der Energie- oder Ernährungspolitik) sichtbar und erweisen sich als Hemmnis für die Transformation. Diese zeigt sich bislang nur bruchstückhaft und schleichend und kann als **graduelle Transformation** verstanden werden. Ein Beispiel hierfür ist das Klimageld.

Seit Jahren hohe Zustimmung zu bedingungslosem Grundeinkommen

Das mit einem bedingungslosen Grundeinkommen vermeintlich verbundene Versprechen finanzieller Sicherheit frei von Verpflichtungen genießt seit Jahren hohe Popularität in der Bevölkerung.

Repräsentative Befragungen belegen in Deutschland eine stabile Zustimmungsrates zwischen 45 und 55 Prozent für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens. Vor allem jüngere Altersgruppen sowie Personen mit geringen Einkünften und mit großen Sorgen um die eigene wirtschaftliche Situation unterstützen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens.

Erhebungen zeigen auf, dass die meisten Befragten sich ein Grundeinkommen von 1.200 Euro ohne Restriktionen wünschen. Zur staatlichen Finanzierung eines Grundeinkommens findet der Vorschlag die meiste Unterstützung, die Einkommens- und Vermögensteuern für Reiche anzuheben (Busemeyer et al. 2023).

Die Zukunft des Sozialsystems in krisenanfälligen Zeiten sollte im Mittelpunkt einer breiten, empirisch gehaltenen sowie ergebnisoffenen gesellschaftlichen Debatte stehen und dabei auch die Perspektive eines bedingungslosen Grundeinkommens als Reformoption in den Blick nehmen.